

Die Polen sind um eine neue europäische Erfahrung reicher geworden. Lediglich jeder fünfte Wahlberechtigte hat am 13. Juni den Weg zu den Wahlurnen gefunden, und dieser Zustand scheint niemanden in Polen in besonderer Weise zu beunruhigen. Weder die politische Klasse noch die allseits anerkannten Interpreten des politischen Lebens schlagen Alarm. Es überwiegt eher die Tendenz, sich selbst und die neugierig gewordene europäische Öffentlichkeit zu beruhigen. Als letztes und schlagendes Argument gilt meistens der Hinweis, „bei den alten EU-Mitgliedern sei die Wahlbeteiligung auch nicht besser gewesen“.

Die psychologische Ursache der niedrigen Wahlbeteiligung liegt wohl in der weit verbreiteten Abneigung gegenüber jedweden Wahlen in Polen. An Parlamentswahlen nehmen in Polen selten mehr als vierzig Prozent der Berechtigten teil, die Beteiligung an den Kommunalwahlen lag regelmäßig knapp über dreißig Prozent. Es ist deswegen nicht verwunderlich, dass die Wahlen zum Europaparlament, einem für den Durchschnittspolen relativ abstrakten Gebilde, auf der Popularitätsskala relativ unten lagen. Es hätte aber durchaus anders sein können, wenn sich die Politik mehr engagiert hätte. Das Ergebnis des EU-Referendums vom Juni vergangenen Jahres mit einer Wahlbeteiligung weit über fünfzig Prozent und mit über sechzig Prozent „Ja“ Stimmen beweist, dass es auch anders geht. Nun war der Einsatz damals ziemlich hoch, es ging um alles oder

nichts. Diesmal ging es „nur“ um 54 Mandate in Straßburg.

Der Wahlsieger, die liberal-konservative Bürgerplattform, wird mit ihren vierzehn Mandaten die Fraktion der EVP stärken. Die übrigen polnischen Parteien, die sich unisono als Sieger empfinden, haben sich bereits für neue Partner entschieden. Die stark national-katholische „Liga der polnischen Familien“ (zehn Mandate) will sich mit den unabhängigen Briten und Dänen (UKIP und Jens Peter Bonde) verbrüdern, die euroskeptische Gruppierung „Recht und Gerechtigkeit“ (sieben Sitze) wählte die erzkonservative Europäische Volkunion als Partner. Ohne Partner und ziemlich verloren, aber dennoch voll antieuropäischer Rhetorik und patriotischer Inbrunst sucht die „Selbstverteidigung“ (acht Mandate) ihren Platz in Straßburg. Die vier Bauernvertreter werden wohl irgendwann einen Partner finden; dies beweisen sie ja permanent auch im polnischen Sejm. Die einzige wahre Überraschung der polnischen Europawahlen war das Abschneiden der Freiheitsunion (vier Sitze). Sie war der Hauptarchitekt der politischen Wende der neunziger Jahre und gilt seit geraumer Zeit als großer Verlierer der politischen Szene Polens. Bei den letzten Sejm-wahlen hat sie die Fünf-Prozent-Hürde nicht geschafft, und auch bei den Europawahlen zählte sie nicht gerade zu den Favoriten. Die Überraschung ist umso größer, weil sie, wohl als Einzige, einen konsequent europafreundlichen Wahlkampf geführt hat. Sie gewann, indem sie mutig

gegen den Strom schwamm. Aber sie gewann auch deswegen, weil eine Reihe prominenter Politiker (B. Geremek, J. Kulakowski, J. Lewandowski) bereit waren, für das Europaparlament zu kandidieren.

Die übrigen politischen Parteien haben einen stark national gefärbten und europakritischen Wahlkampf organisiert. Sogar die liberal-konservative Bürgerplattform erlag der Versuchung und trat dem Wettbewerb der nationalen und patriotischen Werbeslogans bei. Manche prominente Vertreter dieser Partei waren sogar bereit, ihr Leben zu opfern, um den „Vertrag von Nizza“ am Leben zu erhalten, von ihnen stammte die Losung „Nizza oder Tod“.

### Politikverdrossenheit als Ursache

In Anbetracht einer derart komplizierten Stimmungslage (von acht Parteien führen sechs einen antieuropäischen Wahlkampf) kann es nicht verwundern, dass die Wähler den Urnengang boykottierten. Die Gründe für die derart niedrige Wahlbeteiligung sind jedoch vielschichtiger. Die wohl wichtigste Ursache liegt in der weit verbreiteten Politikverdrossenheit. Dieses Phänomen ist ja in Deutschland nicht ganz unbekannt, aber die polnische Variante fällt krasser aus. Zur Erinnerung: Mitte Juni gab es in Polen de facto keine richtige Regierung. Der Kandidat des Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski, der frühere Finanzminister und als Aufbauhelfer im Irak erprobte M. Belka (mittlerweile nach zahlreichen Versuchen und geheimen Absprachen vom Sejm bestätigt), rang damals um jede Stimme, und das Szenario der vorgezogenen Sejmwahlen war das wichtigste politische Thema im Lande. In einer derartigen Gemengelage war es bestimmt nicht einfach, ein stärkeres Interesse für Europawahlen zu wecken. Außerdem bezichtigte man die Eurokandidaten, dass sie sich für Straßburg und Brüssel nur deswegen entschieden, weil dort die Diäten

*Der polnische Präsident  
Aleksander Kwasniewski  
bei der Europawahl in Warschau.*

© dpa, Foto: Radek Pietruszka



höher seien als in Warschau. Die Tatsache, dass es unter den 54 polnischen Europarlamentariern siebzehn aktuelle Abgeordnete und Senatoren des polnischen Parlaments gibt, lässt vermuten, dass der Durchschnittswähler manchmal einen guten Riecher hat.

Der polnische Wähler hat relativ schnell gemerkt, dass für die meisten polnischen Parteien die drohenden vorgezogenen Sejmwahlen viel wichtiger waren als Straßburg. Den Europawahlkampf verstand man als eine Art Generalprobe für die vorgezogenen Sejmwahlen und dadurch als unsauberes Manöver. Der Wahlkampf war außerdem überraschend kurz. In fast allen Wahlbezirken fanden die Abschlusskundgebungen bereits am 6. Juni

statt, so als ob eine Woche vor den Wahlen alles bereits gelaufen wäre. Die Parteien geben auch unumwunden zu, dass sie einen sehr sparsamen Wahlkampf geführt haben.

Überraschend wenig aktiv zeigte sich der in EU-Fragen sonst immer superagile Präsident Aleksander Kwasniewski. Es gab von Seiten des Präsidenten zwar eine pro-europäische Kampagne, aber mit einer stark angezogenen Handbremse. Der polnische Präsident kann auch anders, was er vor einem Jahr bei dem EU-Referendum bewiesen hat.

### Allgemeine Skepsis

Die allgemein skeptische Stimmung ist an den Wählern nicht vorbeigegangen. Die polnischen Wahlforscher berichten, dass knapp achtzig Prozent der Befragten die Informationspolitik über die EU-Wahlen als defizitär beurteilen und nur siebzehn Prozent in der Lage waren, den geeigneten Kandidaten zu wählen. Besonders schlecht schneiden bei den Wahluntersuchungen die polnischen Medien ab. Über sechzig Prozent der Befragten werfen den Medien (zumal der Presse und dem Fernsehen) vor, zu wenig über den Sinn und Geist des EU-Parlamentes sowie über die

negativen und positiven Konsequenzen des polnischen EU-Beitrittes zu berichten.

Manch aufmerksamer Beobachter polnischer Medien könnte den Eindruck gewonnen haben, dass die polnischen Medien eher die negativen Folgen der EU-Erweiterung in den Vordergrund stellen, anstatt sich auf die Europawahlen zu konzentrieren, aber danach haben die Wahlforscher nicht gefragt. Es ist ohne Zweifel so, dass aufgrund einer medialen Offensive eine wahre Kauflust in Polen ausbrach, weil vermutet wurde, dass mit der EU-Erweiterung eine Teuerungswelle einhergehen wird. Mittlerweile sind die Preise wieder gefallen und nur das Fleisch teurer geworden, weil die deutschen und holländischen Händler die Vorzüge des freien Handelns nutzen.

Der polnische Wähler wird sich langsam an die neue europäische Situation gewöhnen, genauso wie er sich mit der Lage im eigenen Lande abgefunden hat. Abgefunden bedeutet, dass er viele Wunschvorstellungen verworfen hat, er hat das Spiel der Parteien durchschaut, als unsauber bezeichnet und ist zu Hause geblieben. Das hat erstaunlicherweise den polnischen Parteien die gute Laune nicht verdorben.

### Streit ums Erinnern

*„Es sollte nicht aus dem Blick geraten, dass der deutsche Streit um das angemessene Erinnern an die nationalsozialistische und an die kommunistische Diktatur nur eine kleine Facette einer gesamteuropäischen Auseinandersetzung ist, in der es um die Frage geht, ob der politisch geeinte Kontinent auch ein gemeinsames Geschichtsbild entwickeln kann.“*

Eckhard Fuhr in *Die Welt* am 17. Juni 2004.